

Verkehrs- und Parksituation im Umfeld des Bröderklinikums und der Schulen/Kitas – Forderung nach einem ganzheitlichen Verkehrskonzept

Von der Elternvertretung des Moll-Gymnasiums, 21. Oktober 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

am vergangenen Freitag fand gemeinsam mit der Schulleitung des Moll-Gymnasiums ein Gespräch mit Frau Kaiser und Herrn Duong aus der Verkehrsplanung statt.

Im Nachgang möchten wir unsere wesentlichen Anliegen nochmals ausdrücklich bekräftigen.

1. Ganzheitliche Verkehrsplanung statt isolierter Einzelmaßnahmen

Wir kritisieren ausdrücklich das bisherige politische und verwaltungsseitige Vorgehen, bei dem Maßnahmen geplant und diskutiert werden, ohne dass eine übergreifende Gesamtkonzeption erkennbar ist und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen angemessen einbezogen werden.

Die vorliegenden Varianten zur Umgestaltung der Feldbergstraße betrachten die Verkehrssituation aus unserer Sicht nicht ausreichend im Gesamtzusammenhang. Eine verantwortungsvolle Planung muss sämtliche relevanten Verkehrsströme, Sicherheitsbedürfnisse und Nutzungsinteressen berücksichtigen.

Dazu gehören insbesondere die Anwohnerinnen und Anwohner, die Mitarbeitenden der Pflege, Ärztinnen und Ärzte, Patientinnen und Patienten, Besucherinnen und Besucher der Praxen sowie der ambulanten Klinikbereiche, die Grundschülerinnen und Grundschüler, die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, Fahrradpendlerinnen und Fahrradpendler sowie alle weiteren Verkehrsteilnehmenden.

Solange eine solche Gesamtbetrachtung fehlt, halten wir die Diskussion und Umsetzung isolierter Einzelvarianten für nicht zielführend. Wir erwarten eine Planung, die die unterschiedlichen Interessen nachvollziehbar abwägt, Wechselwirkungen berücksichtigt und auf eine langfristig tragfähige Lösung ausgerichtet ist.

Im Rahmen eines Gesamtkonzepts fordern wir eine nachvollziehbare und umfassende Sicherheitsprüfung aller vorgeschlagenen sowie bislang nicht berücksichtigten Varianten, die sämtliche verbundenen Risiken – insbesondere Dooring und wendende Fahrzeuge – abwägt und dabei die Sicherheit radfahrender Schülerinnen und Schüler besonders berücksichtigt.

Wir fordern zudem einen sorgfältigen und ergebnisoffenen Prüfungsprozess ohne vorschnelle Festlegung. Uns sind für die vergangenen fünf Jahre keine Unfälle mit Beteiligung des

Radverkehrs in der nördlichen Feldbergstraße bekannt (vgl. Unfallkarte des ADFC Mannheim, mannheim.adfc.de/unfaelle). Bei der aktuellen Fahrbahnbreite von 8,90 m sehen wir daher, trotz der von der Stadt angeführten Geschwindigkeitsüberschreitungen, keinen akuten Handlungsdruck, der eine kurzfristige Festlegung rechtfertigen würde. Die Risiken einer Variante mit beidseitigem Parken sind dagegen unklar, aber real: Bei nur rund 4,90 m verbleibender Fahrbahn und ohne Schutzstreifen entstehen Konflikte zwischen sich öffnenden Autotüren, Gegenverkehr und parkenden Fahrzeugen.

Wir fordern eine ergebnisoffene und umfassende Prüfung aller in Betracht kommenden Varianten einschließlich des Status quo nach einheitlichen Kriterien – statt einer selektiven Betrachtung einzelner Lösungen.

2. Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen

Vor dem Hintergrund der angespannten kommunalen Haushaltslage sehen wir punktuelle Einzelmaßnahmen, wie sie derzeit für die Feldbergstraße vorgesehen sind, kritisch. Aus unserer Sicht stehen die damit verbundenen Kosten in keinem überzeugend dargelegten Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen, solange weder die übergeordnete Zielsetzung noch die Wirksamkeit im Gesamtkontext ausreichend geklärt sind. Ohne belegten Handlungsbedarf lassen sich die Kosten einer Umgestaltung nicht rechtfertigen. Geschwindigkeitsüberschreitungen lassen sich zudem auch durch Kontrollen angehen, nicht nur durch bauliche Verengung.

Wir halten es daher für geboten, zunächst die bestehenden Probleme umfassend zu analysieren, mögliche Alternativen miteinander zu vergleichen und die Maßnahmen hinsichtlich ihrer tatsächlichen Wirkung, ihrer Kosten und ihrer langfristigen Tragfähigkeit zu bewerten.

Öffentliche Mittel sollten vorrangig in Lösungen investiert werden, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Gesamtsituation beitragen, anstatt durch isolierte Eingriffe möglicherweise neue Probleme an anderer Stelle zu verursachen.

3. Sicherheitsprüfung der angrenzenden Straßen und Berücksichtigung der Klinikentwicklung

Die erforderliche Betrachtung darf sich nicht auf die Feldbergstraße beschränken. Auch die Belchenstraße und die Meerwiesenstraße müssen dringend hinsichtlich ihrer Verkehrssicherheit überprüft werden.

Darüber hinaus sind die zukünftigen Planungen der Klinik und die damit verbundenen verkehrlichen Auswirkungen frühzeitig in die Gesamtkonzeption einzubeziehen. Nur so lässt sich vermeiden, dass heute Maßnahmen umgesetzt werden, die den zukünftigen Anforderungen nicht gerecht werden oder zusätzliche Belastungen in angrenzende Straßen verlagern.

4. Kinderfreundliche Kommune – Anspruch und Verantwortung im konkreten Handeln

Die Stadt Mannheim trägt seit Januar 2023 das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ und bekennt sich damit dazu, die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen zu stärken und ihre Bedürfnisse bei kommunalen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Dieser Anspruch muss sich aus unserer Sicht gerade bei der Verkehrsplanung und der Gestaltung des öffentlichen Raums konkret widerspiegeln. Die Sicherheit von Schulwegen, die eigenständige und sichere Mobilität von Kindern und Jugendlichen sowie die Bedürfnisse der Schulen dürfen bei der Bewertung der Gesamtsituation nicht isoliert betrachtet oder gegenüber anderen Interessen nachrangig behandelt werden.

Wir erwarten daher, dass die besonderen Schutzbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei der Entwicklung eines ganzheitlichen Verkehrskonzepts ausdrücklich berücksichtigt werden. Dazu gehört insbesondere, die Auswirkungen sämtlicher geplanter Maßnahmen auf die Schulwege, die Verkehrssicherheit und die selbstständige Mobilität der Schülerinnen und Schüler zu bewerten.

Eine kinderfreundliche Kommune zeigt sich nicht allein durch ein verliehenes Siegel oder formulierte Leitziele, sondern vor allem dadurch, dass diese Ansprüche bei konkreten Planungs- und Entscheidungsprozessen erkennbar umgesetzt werden.

Wir halten es deshalb für unerlässlich, den Anspruch Mannheims als „Kinderfreundliche Kommune“ als maßgeblichen Gesichtspunkt in die weitere Bewertung der Verkehrs- und Parksituation einzubeziehen.

5. Parkraumsituation und Studie zum Pfalzplatz

Die von uns angesprochenen Probleme der Parkplatz- und Verkehrssituation betreffen keineswegs ausschließlich die Feldbergstraße. Sie werden von den Anwohnerinnen und Anwohnern bereits seit Langem thematisiert und bestehen nicht erst seit dem Zusammenschluss der Kliniken.

Vor diesem Hintergrund verweisen wir auf die vorliegende Studie zum Pfalzplatz. Da aktuell noch nicht klar ist, wann und ob weitere stadtplanerische Schritte umgesetzt werden, wäre Anwohnerparken, wie in anderen verdichteten Bereichen des Lindenhofs schon lange umgesetzt, eine gute Lösung.

Wir halten es für nicht nachvollziehbar, wenn diese Erkenntnisse und die Anliegen der Anwohner, die sich ausdrücklich keine Benachteiligung anderer Verkehrsteilnehmer wünschen, bei der weiteren Planung nicht berücksichtigt werden und stattdessen kostspielige punktuelle Einzelmaßnahmen verfolgt werden, ohne die Verkehrssituation in ihrer Gesamtheit zu betrachten.

6. Verantwortung des Klinikbetreibers für den zusätzlichen Parkraumbedarf

Hinsichtlich des bereits bestehenden zusätzlichen Parkraumbedarfs der Klinik sehen wir weiterhin den Klinikbetreiber in der Verantwortung. Der durch den Klinikbetrieb bestehende und entstehende Bedarf sollte vorrangig auf dem Klinikgelände selbst gedeckt werden, anstatt die Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner sowie das Umfeld weiter zu erhöhen.

Wir halten es deshalb für erforderlich, den tatsächlichen Parkraumbedarf der Klinik zu berücksichtigen und Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Parkplätze auf dem Klinikgelände konsequent zu verfolgen.

7. Unser Anliegen und die nächsten Schritte

Wir erwarten, dass die weitere Verkehrsplanung auf einer ganzheitlichen, transparenten und wirtschaftlich verantwortbaren Konzeption basiert, die alle betroffenen Gruppen einbezieht, die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen angemessen berücksichtigt und die zukünftige Entwicklung des Klinikstandorts einbezieht.

Wir bitten Sie daher um eine Rückmeldung, wie und in welchem zeitlichen Rahmen ein übergreifendes Verkehrskonzept unter Beteiligung der betroffenen Schulen, Anwohnerinnen und Anwohner, der Klinik sowie der weiteren relevanten Akteure entwickelt werden soll.

Zudem bitten wir um eine nachvollziehbare Darstellung,

- auf welcher fachlichen und wirtschaftlichen Grundlage die derzeit diskutierten Einzelmaßnahmen bewertet werden,
- auf Grundlage welcher Unfall- und Geschwindigkeitsdaten der Handlungsbedarf in der Feldbergstraße begründet wird,
- wie die Sicherheitsbelange der Feldbergstraße, der Belchenstraße und der Meerwiesenstraße in die weiteren Planungen einfließen,
- wie die Ergebnisse der Studie zum Pfalzplatz und die daraus abgeleitete Bedeutung des Anwohnerparkens berücksichtigt werden,
- wie der zusätzliche Parkraumbedarf der Klinik gedeckt werden soll und
- wie die besonderen Schutzbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Sinne des Anspruchs Mannheims als „Kinderfreundliche Kommune“ bei den weiteren Entscheidungen berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist eine nachhaltige Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Parkraumsituation für alle Beteiligten. Dafür braucht es eine nachvollziehbare Gesamtstrategie, eine ernsthafte

Beteiligung der Betroffenen und Maßnahmen, deren Nutzen und Finanzierbarkeit überzeugend begründet sind.

Wir erwarten, dass die weiteren Entscheidungen diesem Anspruch gerecht werden und die berechtigten Anliegen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Schulen angemessen berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

die Elternvertretung